

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

A. Zielsetzung

Durch eine Regelung zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und Vermögen sollen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen gefördert und intensiviert werden.

B. Lösung

Das Abkommen vom 18. Dezember 1972 trifft die dazu erforderlichen Regelungen. Es ist nach Artikel 59 Abs. 2 des Grundgesetzes zustimmungsbedürftig. Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz sollen die für die Ratifikation des Abkommens erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

C. Alternativen

Alternativvorschläge liegen nicht vor.

D. Kosten

keine wesentlichen Auswirkungen

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler
I/4 (IV/4) — 521 05 — Do 15/74

Bonn, den 4. September 1974

An den Präsidenten
des Deutschen Bundestages

Hiermit übersende ich den von der Bundesregierung beschlossenen Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. Dezember 1972 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen mit Begründung und Vorblatt (Anlage 1). Ich bitte, die Beschlußfassung des Deutschen Bundestages herbeizuführen. Der Wortlaut des Abkommens und des Protokolls in deutscher und polnischer Sprache und eine Denkschrift zum Abkommen sind beigelegt.

Der Gesetzentwurf ist von den Bundesministern der Finanzen und des Auswärtigen gemeinsam erstellt worden.

Der Bundesrat hat in seiner 406. Sitzung am 31. Mai 1974 gemäß Artikel 76 Abs. 2 des Grundgesetzes beschlossen, zu dem Gesetzentwurf wie aus der Anlage 2 ersichtlich Stellung zu nehmen.

Die Auffassung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates ist in der als Anlage 3 beigelegten Gegenäußerung dargelegt.

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Genscher

**Entwurf eines Gesetzes zu dem Abkommen vom 18. Dezember 1972
zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen**

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Warschau am 18. Dezember 1972 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen und dem dazugehörenden Protokoll vom 18. Dezember 1972 wird zugestimmt. Das Abkommen und das Protokoll werden nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Soweit das Abkommen auf Grund seines Artikels 25 Abs. 2 für die Zeit vor seinem Inkrafttreten anzuwenden ist, steht dieser Anwendung die Unanfechtbarkeit bereits vor dem Inkrafttreten ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegen.

(2) Soweit sich auf Grund des Absatzes 1 dieses Artikels oder auf Grund des Artikels 25 Abs. 2 des

Abkommens für die Zeit bis zum Beginn des Kalenderjahres, in dem das Abkommen in Kraft tritt, bei der jeweiligen Steuerart unter Berücksichtigung der jeweiligen deutschen und polnischen Besteuerung insgesamt eine höhere Belastung ergibt, als sie nach den Rechtsvorschriften vor Inkrafttreten des Abkommens bestand, wird der Steuermehrbetrag nicht erhoben.

Artikel 3

Dieses Gesetz gilt auch im Land Berlin, sofern das Land Berlin die Anwendung dieses Gesetzes feststellt.

Artikel 4

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Begründung

Zu Artikel 1

Auf das Abkommen findet Artikel 59 Abs. 2 Satz 1 des Grundgesetzes Anwendung, da es sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Abs. 3 des Grundgesetzes erforderlich, weil das Aufkommen aus den vom Abkommen betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zufließt.

Zu Artikel 2

Das Abkommen ist nach seinem Artikel 25 Abs. 2 erstmals auf Steuern anzuwenden, die für das Kalenderjahr 1972 erhoben werden. Dieser Rückwirkungszeitraum berücksichtigt, daß sich die Verhandlungen über das Abkommen längere Zeit hinstreckten. Um die betroffenen Steuerpflichtigen uneingeschränkt in den Genuß der rückwirkenden Abkommensanwendung zu bringen, sieht Absatz 1 des Artikels klarstellend vor, daß ihr die Unanfechtbarkeit bereits ergangener Steuerfestsetzungen nicht entgegensteht.

In besonders gelagerten Einzelfällen kann sich durch die im Abkommen vorgesehene Zuordnung der Besteuerungsrechte im Verhältnis zwischen den beiden Staaten eine höhere Gesamtbelastung an deutscher und polnischer Steuer ergeben, als nach den bisherigen Rechtsvorschriften.

Absatz 2 des Artikels schließt daher — ungeachtet bislang schon geübter Verwaltungsmaßnahmen — für die Zeit vor dem Jahr des Inkrafttretens des Abkommens eine rückwirkende Verschlechterung

für die Steuerpflichtigen kraft Gesetzes aus. Die Regelung besagt, daß in solchen Fällen eine etwaige deutsche Mehrsteuer nur erhoben wird, soweit ihr eine Entlastung an polnischen Steuern gegenübersteht.

Zu Artikel 3

Das Abkommen soll auch auf das Land Berlin Anwendung finden; das Gesetz enthält daher die übliche Berlin-Klausel.

Zu Artikel 4

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Abs. 2 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Abkommen nach seinem Artikel 25 Abs. 2 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Schlußbemerkung

Durch das Abkommen verzichtet die Bundesrepublik zur Beseitigung der Doppelbesteuerung in gewissem Umfang auf Steuern, die dem Bund, den Ländern oder den Gemeinden zufließen. Andererseits brauchen gewisse zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bisher eingeräumte Ermäßigungen an deutschen Steuern nicht mehr oder nicht mehr in bisheriger Höhe gewährt werden, weil die Doppelbesteuerung nach dem Abkommen schon durch Steuerverzichte Polens beseitigt oder gemildert wird. Das sich daraus ergebende Mehr- oder Minderaufkommen wird haushaltswirtschaftlich nicht ins Gewicht fallen.

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Volksrepublik Polen
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen

Umowa
między Republiką Federalną Niemiec
a Polską Rzeczpospolitą Ludową
w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu
w zakresie podatków od dochodu i majątku

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE VOLKSREPUBLIK POLEN

VON DEM WUNSCH GELEITET, zwecks Entwicklung und Erleichterung ihrer wirtschaftlichen Beziehungen ein Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zu schließen,

HABEN FOLGENDES VEREINBART:

Artikel 1

Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

Artikel 2

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die in einem der beiden Vertragsstaaten erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens, der Lohnsummensteuern sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den zur Zeit bestehenden Steuern, für die dieses Abkommen gilt, gehören insbesondere

a) in der Bundesrepublik Deutschland:

die Einkommensteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer,

die Körperschaftsteuer einschließlich der Ergänzungsabgabe zur Körperschaftsteuer,

die Vermögensteuer und
die Gewerbesteuer;

b) in der Volksrepublik Polen:

podatek dochodowy (die Einkommensteuer),
— podatek od wynagrodzeń (die Lohnsteuer),

REPUBLIKA FEDERALNA NIEMIEC

i

POLSKA RZECZPOSPOLITA LUDOWA

POWODOWANE CHĘCIĄ dalszego rozwijania i ułatwienia ich stosunków gospodarczych postanowiły zawrzeć Umowę w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku i

UZGODNIŁY CO NASTĘPUJE:

Artykuł 1

Niniejsza Umowa dotyczy osób, które mają miejsce zamieszkania lub siedzibę w jednym lub obu Umawiających się Państwach.

Artykuł 2

1. Niniejsza Umowa dotyczy — bez względu na sposób poboru — podatków od dochodu i od majątku, które pobiera się w jednym z obu Umawiających się Państw.

2. Za podatki od dochodu i od majątku uważa się wszystkie podatki, które pobiera się od całego dochodu, od całego majątku albo od części dochodu lub majątku, włączając podatki od zysku ze sprzedaży ruchomego lub nieruchomego majątku, podatki od sumy wynagrodzeń, jak również podatki od przyrostu majątku.

3. Do aktualnie istniejących podatków, których dotyczy Umowa, należą w szczególności:

1. w Republice Federalnej Niemiec:

- podatek dochodowy (Einkommensteuer) włącznie z podatkiem uzupełniającym do podatku dochodowego
- podatek od dochodów spółek (Körperschaftsteuer) włącznie z podatkiem uzupełniającym do podatku od dochodów spółek
- podatek majątkowy (Vermögensteuer)
- podatek przemysłowy (Gewerbesteuer)

2. w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej :

- podatek dochodowy
- podatek od wynagrodzeń

podatek wyrównawczy (die Ergänzungsteuer zur Einkommensteuer oder Lohnsteuer) und

podatek dochodowy od spółdzielczości (die Einkommensteuer der Genossenschaften).

(4) Dieses Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder ähnlicher Art, die künftig neben den zur Zeit bestehenden Steuern oder an deren Stelle erhoben werden.

(5) Die Bestimmungen dieses Abkommens über die Besteuerung des Einkommens oder des Vermögens gelten entsprechend für die nicht nach dem Einkommen oder dem Vermögen berechnete Gewerbesteuer.

Artikel 3

(1) Im Sinne dieses Abkommens, wenn der Zusammenhang nicht anderes erfordert:

- a) bedeuten die Ausdrücke „ein Vertragstaat“ und „der andere Vertragstaat“, je nach dem Zusammenhang, die Bundesrepublik Deutschland oder die Volksrepublik Polen und, wenn für Zwecke dieses Abkommens im geographischen Sinne verwendet, das Gebiet, in dem das Steuerrecht des betreffenden Staates gilt;
- b) umfaßt der Ausdruck „Person“ natürliche Personen und Gesellschaften;
- c) bedeutet der Ausdruck „Gesellschaft“ juristische Personen oder Rechtsträger, die für die Besteuerung wie juristische Personen behandelt werden;
- d) bedeuten die Ausdrücke „Unternehmen eines Vertragstaates“ und „Unternehmen des anderen Vertragstaates“, je nachdem, ein Unternehmen, das von einer in einem Vertragstaat ansässigen Person betrieben wird, oder ein Unternehmen, das von einer in dem anderen Vertragstaat ansässigen Person betrieben wird;
- e) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“ auf seiten der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen und auf seiten der Volksrepublik Polen den Minister der Finanzen.

(2) Bei Anwendung dieses Abkommens durch einen Vertragstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder nicht anders definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, welche Gegenstand dieses Abkommens sind.

Artikel 4

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „eine in einem Vertragstaat ansässige Person“ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort auf Grund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist.

(2) Ist nach Absatz 1 eine natürliche Person in beiden Vertragstaaten ansässig, so gilt folgendes:

- a) Die Person gilt als in dem Vertragstaat ansässig, in dem sie über eine ständige Wohnstätte verfügt. Verfügt sie in beiden Vertragstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragstaat ansässig, zu dem sie die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat.

— podatek wyrównawczy (podatek wyrównawczy do podatku dochodowego, albo podatku od wynagrodzeń)

— podatek dochodowy od spółdzielczości.

4. Niniejsza Umowa dotyczy również wszystkich podatków takiego samego lub podobnego rodzaju, które w przyszłości będą pobierane obok istniejących podatków lub w ich miejsce.

5. Postanowienia niniejszej Umowy w zakresie opodatkowania dochodu albo majątku mają odpowiednie zastosowanie do podatku przemysłowego, dla którego podstawy obliczenia nie stanowi dochód lub majątek.

Artykuł 3

1. W rozumieniu Umowy, jeżeli z kontekstu nic innego nie wynika:

- a) wyrażenia „Umawiające się Państwo” i „drugie Umawiające się Państwo” oznaczają odpowiednio Republikę Federalną Niemiec lub Polską Rzeczpospolitą Ludową i jeżeli są zastosowane w sensie geograficznym dla celów niniejszej Umowy — obszar, na terenie którego stosowane jest prawo podatkowe danego państwa;
- b) wyrażenie „osoba” obejmuje osoby fizyczne i spółki;
- c) wyrażenie „spółka” oznacza osoby prawne lub jednostki prawne, które dla opodatkowania traktuje się jako osoby prawne;
- d) wyrażenia „przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa” i „przedsiębiorstwo drugiego Umawiającego się Państwa” oznaczają odpowiednio przedsiębiorstwo, prowadzone przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w jednym Umawiającym się Państwie, albo przedsiębiorstwo prowadzone przez osobę mającą miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie;
- e) wyrażenie „właściwa władza” oznacza w Republice Federalnej Niemiec — Federalnego Ministra Finansów a w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej — Ministra Finansów.

2. Przy stosowaniu niniejszej Umowy przez Umawiające się Państwo, jeżeli z kontekstu nic innego nie wynika, każde inaczej niezdefiniowane określenie ma takie znaczenie, jakie przyjmuje się według prawa danego państwa w zakresie podatków, które są przedmiotem niniejszej Umowy.

Artykuł 4

1. W rozumieniu niniejszej Umowy wyrażenie „osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie” oznacza osobę, która według prawa tego państwa podlega tam obowiązkowi podatkowemu, z uwagi na jej miejsce zamieszkania, jej miejsce stałego pobytu, siedzibę zarządu, albo inne podobne znamiona.

2. Jeżeli stosownie do ust. 1 osoba fizyczna ma miejsce zamieszkania w obu Umawiających się Państwach, wówczas stosuje się następujące zasady:

- a) osobę uważa się za mającą miejsce zamieszkania w tym Umawiającym się Państwie, w którym ma ona stałe miejsce zamieszkania. Jeżeli ma ona stałe miejsce zamieszkania w obu Umawiających się Państwach, wówczas uważa się ją za mającą miejsce zamieszkania w tym Umawiającym się Państwie, z którym ma ściślejsze powiązania osobiste i gospodarcze,

b) Kann nicht bestimmt werden, in welchem Vertragsstaat die Person die engeren persönlichen und wirtschaftlichen Beziehungen hat, oder verfügt sie in keinem der Vertragsstaaten über eine ständige Wohnstätte, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sie ihren gewöhnlichen Aufenthalt hat.

(3) Ist nach Absatz 1 eine andere als eine natürliche Person in beiden Vertragsstaaten ansässig, so gilt sie als in dem Vertragsstaat ansässig, in dem sich der Ort ihrer tatsächlichen Geschäftsleitung befindet.

Artikel 5

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck „Betriebsstätte“ eine feste Geschäftseinrichtung, in der die Tätigkeit des Unternehmens ganz oder teilweise ausgeübt wird.

(2) Der Ausdruck „Betriebsstätte“ umfaßt insbesondere:

- a) einen Ort der Leitung,
- b) eine Zweigniederlassung,
- c) eine Geschäftsstelle,
- d) eine Fabrikationsstätte,
- e) eine Werkstatt,
- f) ein Bergwerk, einen Steinbruch oder eine andere Stätte der Ausbeutung von Bodenschätzen,
- g) eine Bauausführung oder Montage, deren Dauer zwölf Monate überschreitet.

(3) Als Betriebsstätten gelten nicht:

- a) Einrichtungen, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung von Gütern oder Waren des Unternehmens benutzt werden;
- b) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zur Lagerung, Ausstellung oder Auslieferung unterhalten werden;
- c) Bestände von Gütern oder Waren des Unternehmens, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten werden, durch ein anderes Unternehmen bearbeitet oder verarbeitet zu werden;
- d) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen Güter oder Waren einzukaufen oder Informationen zu beschaffen;
- e) eine feste Geschäftseinrichtung, die ausschließlich zu dem Zweck unterhalten wird, für das Unternehmen zu werben, Informationen zu erteilen, wissenschaftliche Forschung zu betreiben oder ähnliche Tätigkeiten auszuüben, die vorbereitender Art sind oder eine Hilfstätigkeit darstellen.

(4) Ist eine Person — mit Ausnahme eines unabhängigen Vertreters im Sinne des Absatzes 5 — in einem Vertragsstaat für ein Unternehmen des anderen Vertragsstaates tätig, so gilt eine in dem erstgenannten Staat gelegene Betriebsstätte als gegeben, wenn die Person eine Vollmacht besitzt, im Namen des Unternehmens Verträge abzuschließen, und die Vollmacht in diesem Staat gewöhnlich ausübt, es sei denn, daß sich ihre Tätigkeit auf den Einkauf von Gütern oder Waren für das Unternehmen beschränkt.

(5) Ein Unternehmen eines Vertragsstaates wird nicht schon deshalb so behandelt, als habe es eine Betriebsstätte in dem anderen Vertragsstaat, weil es dort seine Tätigkeit durch einen Makler, Kommissionär oder einen

b) jeżeli nie można ustalić, w którym Umawiającym się Państwie osoba ma ściślejsze powiązania osobiste i gospodarcze albo jeżeli nie posiada ona stałego miejsca zamieszkania w żadnym Umawiającym się Państwie, wówczas uważa się ją za mającą miejsce zamieszkania w tym Umawiającym się Państwie, w którym zwykle przebywa.

3. Jeśli stosownie do ust. 1 osoba nie będąca osobą fizyczną ma siedzibę w obu Umawiających się Państwach, uważa się ją za mającą siedzibę w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce jej faktycznego zarządu.

Artykuł 5

1. W rozumieniu niniejszej Umowy wyrażenie „zakład” oznacza stałą placówkę, w której całkowicie albo częściowo wykonuje się działalność przedsiębiorstwa.

2. Wyrażenie „zakład” obejmuje w szczególności:

- a) miejsce zarządzania,
- b) filię,
- c) biuro, w którym prowadzona jest działalność handlowa,
- d) zakład fabryczny,
- e) warsztat,
- f) kopalnię, kamieniołom, albo inne miejsce wydobywania bogactw ziemnych,
- g) budowę albo montaż, których okres przekracza 12 miesięcy.

3. Nie stanowią zakładu:

- a) placówki, które służą wyłącznie do składowania, wystawiania albo wydawania dóbr albo towarów przedsiębiorstwa,
- b) zapasy dóbr albo towarów przedsiębiorstwa utrzymywanych wyłącznie dla składowania, wystawiania lub wydawania,
- c) zapasy dóbr albo towarów przedsiębiorstwa, utrzymywanych wyłącznie w celu obróbki lub przerobu przez inne przedsiębiorstwo,
- d) stałe placówki, utrzymywane wyłącznie w celu zakupu dóbr lub towarów dla przedsiębiorstwa, albo w celu uzyskiwania informacji,
- e) stałe placówki, utrzymywane wyłącznie w celach akwizycyjnych dla przedsiębiorstwa, udzielania informacji, prowadzenia badań naukowych albo wykonywania podobnych czynności, które mają charakter przygotowawczy, albo stanowią czynność pomocniczą.

4. Jeżeli osoba, z wyjątkiem niezależnego przedstawiciela w rozumieniu ust. 5, działa w Umawiającym się Państwie dla przedsiębiorstwa drugiego Umawiającego się Państwa, uważa się iż w tym pierwszym Państwie istnieje zakład, jeżeli ta osoba posiada pełnomocnictwo do zawierania umów w imieniu przedsiębiorstwa i pełnomocnictwo w tym Państwie zwykle wykonuje, chyba, że jej działalność ogranicza się tylko do zakupu dla przedsiębiorstwa dóbr lub towarów.

5. Nie będzie się traktować przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa za posiadające zakład w drugim Umawiającym się Państwie, tylko z tego powodu, że wykonuje tam czynności przez maklera, komisantę albo

anderen unabhängigen Vertreter ausübt, sofern diese Personen im Rahmen ihrer ordentlichen Geschäftstätigkeit handeln.

(6) Allein dadurch, daß eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft eine Gesellschaft beherrscht oder von einer Gesellschaft beherrscht wird, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist oder dort (entweder durch eine Betriebsstätte oder in anderer Weise) ihre Tätigkeit ausübt, wird eine der beiden Gesellschaften nicht zur Betriebsstätte der anderen.

Artikel 6

(1) Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen können in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Der Ausdruck „unbewegliches Vermögen“ bestimmt sich nach dem Recht des Vertragsstaates, in dem das Vermögen liegt. Der Ausdruck umfaßt in jedem Fall das Zubehör zum unbeweglichen Vermögen, das lebende und tote Inventar land- und forstwirtschaftlicher Betriebe, die Rechte, auf die die Vorschriften des Privatrechts über Grundstücke Anwendung finden, die Nutzungsrechte an unbeweglichem Vermögen sowie die Rechte auf veränderliche oder feste Vergütungen für die Ausbeutung oder das Recht auf Ausbeutung von Mineralvorkommen, Quellen und anderen Bodenschätzen; Schiffe und Luftfahrzeuge gelten nicht als unbewegliches Vermögen.

(3) Absatz 1 gilt für die Einkünfte aus der unmittelbaren Nutzung, der Vermietung oder Verpachtung sowie jeder anderen Art der Nutzung unbeweglichen Vermögens.

(4) Die Absätze 1 und 3 gelten auch für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen eines Unternehmens und für Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen, das der Ausübung eines freien Berufes dient.

Artikel 7

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaates können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß das Unternehmen seine Tätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte ausübt. Übt das Unternehmen seine Tätigkeit in dieser Weise aus, so können die Gewinne des Unternehmens in dem anderen Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser Betriebsstätte zugerechnet werden können.

(2) Übt ein Unternehmen eines Vertragsstaates seine Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus, so sind in jedem Vertragsstaat dieser Betriebsstätte die Gewinne zuzurechnen, die sie hätte erzielen können, wenn sie eine gleiche oder ähnliche Tätigkeit unter gleichen oder ähnlichen Bedingungen als selbständiges Unternehmen ausgeübt hätte und im Verkehr mit dem Unternehmen, dessen Betriebsstätte sie ist, völlig unabhängig gewesen wäre.

(3) Bei der Ermittlung der Gewinne einer Betriebsstätte werden die für diese Betriebsstätte entstandenen Aufwendungen, einschließlich der Geschäftsführungs- und allgemeinen Verwaltungskosten, zum Abzug zugelassen, gleichgültig, ob sie in dem Staat, in dem die Betriebsstätte liegt, oder anderswo entstanden sind.

(4) Soweit es in einem Vertragsstaat üblich ist, die einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne durch Aufteilung der Gesamtgewinne des Unternehmens auf seine einzelnen Teile zu ermitteln, schließt Absatz 2 nicht aus, daß dieser Vertragsstaat die zu steuernden Gewinne

innego unabhängigen представителя, о ile te osoby działają w ramach swojej zwykłej działalności handlowej.

6. Sam fakt, że spółka mająca siedzibę w Umawiającym się Państwie, kontroluje lub jest kontrolowana przez spółkę mającą siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, albo tam wykonującą swoje czynności (przez posiadanie tam zakładu albo w inny sposób) nie oznacza, że jedna z nich jest zakładem drugiej.

Artykuł 6

1. Dochody z majątku nieruchomego mogą być opodatkowane w tym Umawiającym się Państwie, w którym ten majątek jest położony.

2. Wyrażenie „majątek nieruchomy” rozumie się według prawa Umawiającego się Państwa, w którym majątek ten jest położony. Pojęcie to obejmuje w każdym przypadku przynależność do majątku nieruchomego, żywy i martwy inwentarz gospodarstw rolnych i leśnych, prawa do których zastosowanie mają przepisy prawa cywilnego o gruntach, prawa użytkowania majątku nieruchomego, jak również prawa do zmiennych lub stałych świadczeń z tytułu eksploatacji albo prawa do eksploatacji zasobów mineralnych, źródeł i innych bogactw naturalnych. Statki i samoloty nie stanowią majątku nieruchomego.

3. Ustęp 1 stosuje się do dochodów z bezpośredniego użytkowania najmu lub dzierżawy, jak również każdego innego rodzaju użytkowania majątku nieruchomego.

4. Ustępy 1 do 3 stosuje się również do dochodów z majątku nieruchomego przedsiębiorstwa i do dochodu z majątku nieruchomego, który służy do wykonywania wolnego zawodu.

Artykuł 7

1. Zyski z przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa mogą być opodatkowane tylko w tym Państwie, chyba że przedsiębiorstwo prowadzi działalność w drugim Umawiającym się Państwie przez położony tam zakład. Jeżeli przedsiębiorstwo wykonuje działalność w ten sposób, zyski przedsiębiorstwa mogą być opodatkowane w drugim Umawiającym się Państwie jednak tylko w takiej mierze, w jakiej mogą być przypisane temu zakładowi.

2. Jeżeli przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa wykonuje działalność w drugim Umawiającym się Państwie przez położony tam zakład, to w każdym Umawiającym się Państwie należy przypisać temu zakładowi takie zyski, które mógłby on osiągnąć, gdyby wykonywał taką samą lub podobną działalność w takich samych lub podobnych warunkach jako samodzielne przedsiębiorstwo i był całkowicie niezależny w stosunkach z przedsiębiorstwem, którego jest zakładem.

3. Przy ustalaniu zysków zakładu dopuszcza się odliczenie nakładów ponoszonych dla tego zakładu włącznie z kosztami zarządzania i ogólnymi kosztami administracyjnymi niezależnie od tego czy powstały w tym państwie, w którym leży zakład czy gdzieindziej.

4. O ile w Umawiającym się Państwie istnieje zwyczaj ustalania zysków zakładu przez podział całkowitych zysków przedsiębiorstwa na jego poszczególne części, ustęp 2 nie wyklucza ustalenia przez to Umawiające się Państwo zysku do opodatkowania według zwykle stoso-

nach der üblichen Aufteilung ermittelt; die Art der angewendeten Gewinnaufteilung muß jedoch so sein, daß das Ergebnis mit den Grundsätzen dieses Artikels übereinstimmt.

(5) Auf Grund des bloßen Einkaufs von Gütern oder Waren für das Unternehmen wird einer Betriebstätte kein Gewinn zugerechnet.

(6) Bei Anwendung der vorstehenden Absätze sind die der Betriebstätte zuzurechnenden Gewinne jedes Jahr auf dieselbe Art zu ermitteln, es sei denn, daß ausreichende Gründe dafür bestehen, anders zu verfahren.

(7) Zu den Gewinnen eines Unternehmens eines Vertragsstaates im Sinne dieses Artikels gehören alle Einkünfte, die das Unternehmen aus diesem Vertragsstaat, aus dem anderen Vertragsstaat oder aus einem Drittstaat bezieht. Gehören jedoch zu den Gewinnen Einkünfte im Sinne des Artikels 10, so werden die Bestimmungen jenes Artikels durch die Bestimmungen dieses Artikels nicht berührt.

Artikel 8

(1) Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(2) Gewinne aus dem Betrieb von Schiffen, die der Binnenschifffahrt dienen, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(3) Befindet sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung eines Unternehmens der See- oder Binnenschifffahrt an Bord eines Schiffes, so gilt er als in dem Vertragsstaat gelegen, in dem der Heimathafen des Schiffes liegt, oder, wenn kein Heimathafen vorhanden ist, in dem Vertragsstaat, in dem die Person, die das Schiff betreibt, ansässig ist.

(4) Absätze 1 bis 3 gelten entsprechend für Beteiligungen eines Unternehmens der Schiff- oder Luftfahrt an einem Pool, einer Betriebsgemeinschaft oder einem anderen internationalen Betriebszusammenschluß.

Artikel 9

Wenn

- a) ein Unternehmen eines Vertragsstaates unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt ist oder
- b) dieselben Personen unmittelbar oder mittelbar an der Geschäftsleitung, der Kontrolle oder am Kapital eines Unternehmens eines Vertragsstaates und eines Unternehmens des anderen Vertragsstaates beteiligt sind

und in diesen Fällen zwischen den beiden Unternehmen hinsichtlich ihrer kaufmännischen oder finanziellen Beziehungen Bedingungen vereinbart oder auferlegt werden, die von denen abweichen, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so dürfen die Gewinne, die eines der Unternehmen ohne diese Bedingungen erzielt hätte, wegen dieser Bedingungen aber nicht erzielt hat, den Gewinnen dieses Unternehmens zugerechnet und entsprechend besteuert werden.

wanego podziału; sposób zastosowanego podziału zysku musi jednak być taki, żeby wynik był zgodny z zasadami tego artykułu.

5. Zysk zakładu nie może być ustalony na podstawie samego tylko zakupu dóbr lub towarów dla przedsiębiorstwa.

6. Przy stosowaniu poprzednich ustępów ustalanie zysków zakładu powinno być dokonywane każdego roku w ten sam sposób, chyba że istnieją uzasadnione powody, aby postąpić inaczej.

7. Do zysków przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa w rozumieniu niniejszego artykułu należą wszystkie dochody, które przedsiębiorstwo osiąga w tym Umawiającym się Państwie, w drugim Umawiającym się Państwie lub w państwie trzecim. Jeżeli jednak do zysków należą dochody w rozumieniu artykułu 10, wówczas postanowienia niniejszego artykułu nie naruszają postanowień tamtego artykułu.

Artykuł 8

1. Zyski z eksploatacji statków morskich lub samolotów w ruchu międzynarodowym mogą być opodatkowane tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

2. Zyski z eksploatacji statków żeglugi śródlądowej mogą być opodatkowane tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

3. Jeżeli miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa żeglugi morskiej lub śródlądowej znajduje się na pokładzie statku, uważa się, że znajduje się w tym Umawiającym się Państwie, w którym leży port macierzysty statku, a jeżeli nie ma on portu macierzystego, w tym Umawiającym się Państwie, w którym osoba eksploatująca statek ma miejsce zamieszkania lub siedzibę.

4. Ustęp 1 do 3 mają odpowiednie zastosowanie do udziału przedsiębiorstwa żeglugowego lub lotniczego w umowie poolowej, we wspólnocie eksploatacyjnej lub też w innym międzynarodowym związku eksploatacyjnym.

Artykuł 9

Jeżeli:

- a) przedsiębiorstwo Umawiającego się Państwa bierze udział bezpośrednio lub pośrednio w zarządzaniu, kontroli albo w kapitale przedsiębiorstwa drugiego Umawiającego się Państwa, albo,
- b) te same osoby bezpośrednio lub pośrednio biorą udział w zarządzaniu, kontroli lub kapitale przedsiębiorstwa Umawiającego się Państwa i przedsiębiorstwa drugiego Umawiającego się Państwa

i w tych przypadkach między dwoma przedsiębiorstwami w zakresie ich stosunków handlowych lub finansowych, zostaną umówione lub narzucone warunki, które różnią się od warunków, które by ustaliły między sobą niezależne przedsiębiorstwa, wówczas zyski, które osiągałoby jedno z przedsiębiorstw bez tych warunków, ale z powodu tych warunków ich nie osiągnęło, mogą być uznane za zyski tego przedsiębiorstwa i odpowiednio opodatkowane.

Artikel 10

(1) Dividenden, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person zahlt, können in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Diese Dividenden können jedoch in dem Vertragsstaat, in dem die die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, nach dem Recht dieses Staates besteuert werden; die Steuer darf aber nicht übersteigen:

- a) 5 vom Hundert des Bruttobetrag des Dividenden, wenn der Empfänger eine Gesellschaft ist, die unmittelbar über mindestens 25 vom Hundert des Kapitals der die Dividenden zahlenden Gesellschaft verfügt;
- b) 15 vom Hundert des Bruttobetrag des Dividenden in allen anderen Fällen.

(3) Solange in einem Vertragsstaat der Satz der Steuer vom Gewinn einer Gesellschaft für den ausgeschütteten Gewinn niedriger ist als der Satz der Steuer für den nicht ausgeschütteten Gewinn und der Unterschied 20 vom Hundert oder mehr beträgt, darf abweichend von Absatz 2 die Steuer, die in diesem Staat von den Dividenden erhoben wird, 25 vom Hundert des Bruttobetrag des Dividenden zuzüglich der Ergänzungsabgabe betragen, wenn die Dividenden von einer in diesem Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft stammen und von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Gesellschaft bezogen werden, der entweder selbst oder zusammen mit anderen Personen, von denen sie beherrscht wird oder die mit ihr gemeinsam beherrscht werden, unmittelbar oder mittelbar mindestens 25 vom Hundert der stimmberechtigten Anteile der in dem erstgenannten Staat ansässigen Gesellschaft gehören.

(4) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Dividenden“ bedeutet Einnahmen aus Aktien oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einnahmen, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einnahmen aus Aktien gleichgestellt sind.

(5) Die Absätze 1 bis 3 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Dividenden in dem anderen Vertragsstaat, in dem die Dividenden zahlende Gesellschaft ansässig ist, eine Betriebsstätte hat und die Beteiligung, für die die Dividenden gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(6) Bezieht eine in einem Vertragsstaat ansässige Gesellschaft Gewinne oder Einkünfte aus dem anderen Vertragsstaat, so darf dieser andere Staat weder die Dividenden besteuern, die die Gesellschaft an nicht in diesem anderen Staat ansässige Personen zahlt, noch Gewinne der Gesellschaft einer Steuer für nichtausgeschüttete Gewinne unterwerfen, selbst wenn die gezahlten Dividenden oder die nichtausgeschütteten Gewinne ganz oder teilweise aus in dem anderen Staat erzielten Gewinnen oder Einkünften bestehen.

Artikel 11

(1) Zinsen, die aus einem Vertragsstaat stammen und an eine in dem anderen Vertragsstaat ansässige Person gezahlt werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Zinsen“ bedeutet Einkünfte aus öffentlichen Anleihen, aus Schuldverschreibungen, auch wenn sie durch Pfand-

Artykuł 10

1. Dywidendy, które płaci spółka mająca siedzibę w Umawiającym się Państwie osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim państwie.

2. Dywidendy te mogą być jednak opodatkowane w tym Umawiającym się Państwie i według prawa tego państwa, w którym spółka wypłacająca dywidendy ma swoją siedzibę; podatek ten nie może jednak przekroczyć:

- a) 5% kwoty dywidendy brutto, jeżeli odbiorca jest spółka rozporządzająca bezpośrednio co najmniej 25% kapitału spółki, wypłacającej dywidendy,
- b) 15% kwoty dywidendy brutto we wszystkich innych przypadkach.

3. Jak długo w Umawiającym się Państwie stawka podatku od zysku spółki dotycząca zysku wydzielonego jest niższa od stawki podatku dotyczącej zysku niewydzielonego a różnica wynosi 20 % lub więcej, wówczas odmiennie niż w ustępie 2 podatek pobierany w tym państwie od dywidend może wynosić 25 % sumy dywidendy brutto z dodaniem podatku uzupełniającego, jeżeli dywidendy pochodzą od spółki mającej siedzibę w tym państwie i są pobierane przez spółkę mającą siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, która sama, lub razem z innymi osobami, które ją kontrolują, albo razem z nią są kontrolowane, posiada bezpośrednio lub pośrednio co najmniej 25 % udziałów z prawem głosu w spółce, mającej siedzibę w pierwszym wymienionym państwie.

4. Użyty w tym artykule wyraz „dywidendy” oznacza wpływy z akcji lub innych praw związanych z udziałem w zyskach, z wyjątkiem wierzytelności, jak również wpływy pochodzące z innych udziałów w spółce, które według prawa podatkowego państwa, w którym spółka wydzielająca dywidendy ma siedzibę, zrównane są z wpływami z akcji.

5. Nie stosuje się ustępów 1 do 3, jeżeli odbiorca dywidendy mający miejsce zamieszkania lub siedzibę w Państwie Umawiającym się, ma zakład w drugim Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się siedziba spółki płacącej dywidendy a udziały, z tytułu których wypłaca się dywidendy — faktycznie należą do tego zakładu. W tym przypadku należy stosować artykuł 7.

6. Jeżeli spółka, której siedziba znajduje się w Państwie Umawiającym się, osiąga zyski albo dochody z drugiego Umawiającego się Państwa, wówczas to drugie państwo, nie może ani obciążać podatkiem dywidend, które ta spółka płaci osobom nie mającym miejsca zamieszkania lub siedziby w tym drugim państwie, ani też obciążać zysku spółki podatkiem od niewydzielonego zysku, nawet kiedy wypłacone dywidendy lub niewydzielone zyski całkowicie albo częściowo pochodzą z zysków albo dochodów osiągniętych w drugim państwie.

Artykuł 11

1. Odsetki, które pochodzą z jednego Umawiającego się Państwa i wypłacane są osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane tylko w tym drugim państwie.

2. Użyty w tym artykule wyraz „odsetki” oznacza dochody od publicznych pożyczek, od skryptów dłużnych, także wtedy, kiedy są one zabezpieczone prawem zastawu na

rechte an Grundstücken gesichert oder mit einer Gewinnbeteiligung ausgestattet sind, und aus Forderungen jeder Art sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

(3) Absätze 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner in diesem Staat ansässig ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

Artikel 12

(1) Lizenzgebühren, die aus einem Vertragsstaat stammen und von einer in dem anderen Vertragsstaat ansässigen Person bezogen werden, können nur in dem anderen Staat besteuert werden.

(2) Der in diesem Artikel verwendete Ausdruck „Lizenzgebühren“ bedeutet Vergütungen jeder Art, die für die Benutzung oder für das Recht auf Benutzung von Urheberrechten, Patenten, Warenzeichen (trade mark oder trade name), Mustern oder Modellen, Plänen, geheimen Formeln oder Verfahren oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Ausrüstungen oder für die Mitteilung gewerblicher, kaufmännischer oder wissenschaftlicher Erfahrungen oder für die Benutzung oder das Recht auf Benutzung von kinematographischen Filmen oder Bandaufnahmen für Fernsehen oder Rundfunk gezahlt werden.

(3) Absatz 1 ist nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Lizenzgebühren in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Lizenzgebühren stammen, eine Betriebsstätte hat und die Rechte oder Vermögenswerte, für die Lizenzgebühren gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehören. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Bestehen zwischen Schuldner und Gläubiger oder zwischen jedem von ihnen und einem Dritten besondere Beziehungen und übersteigen deshalb die gezahlten Lizenzgebühren, gemessen an der zugrunde liegenden Leistung, den Betrag, den Schuldner und Gläubiger ohne diese Beziehungen vereinbart hätten, so wird dieser Artikel nur auf diesen letzten Betrag angewendet. In diesem Fall kann der übersteigende Betrag nach dem Recht jedes Vertragsstaates und unter Berücksichtigung der anderen Bestimmungen dieses Abkommens besteuert werden.

Artikel 13

(1) Einkünfte, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person aus einem freien Beruf oder aus sonstiger selbständiger Tätigkeit ähnlicher Art bezieht, können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Person für die Ausübung ihrer Tätigkeit in dem anderen Vertragsstaat regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt. Verfügt sie über eine solche feste Einrichtung, so können die Einkünfte in dem anderen

Grundtatsachen oder als abgesichert durch Anteil an Gewinnen und aus Forderungen jeder Art, sowie alle anderen Einkünfte, die nach dem Steuerrecht des Staates, aus dem sie stammen, den Einkünften aus Darlehen gleichgestellt sind.

3. Absatz 1 und 2 sind nicht anzuwenden, wenn der in einem Vertragsstaat ansässige Empfänger der Zinsen in dem anderen Vertragsstaat, aus dem die Zinsen stammen, eine Betriebsstätte hat und die Forderung, für die die Zinsen gezahlt werden, tatsächlich zu dieser Betriebsstätte gehört. In diesem Fall ist Artikel 7 anzuwenden.

(4) Zinsen gelten dann als aus einem Vertragsstaat stammend, wenn der Schuldner in diesem Staat ansässig ist. Hat aber der Schuldner der Zinsen, ohne Rücksicht darauf, ob er in einem Vertragsstaat ansässig ist oder nicht, in einem Vertragsstaat eine Betriebsstätte und ist die Schuld, für die die Zinsen gezahlt werden, für Zwecke der Betriebsstätte eingegangen und trägt die Betriebsstätte die Zinsen, so gelten die Zinsen als aus dem Vertragsstaat stammend, in dem die Betriebsstätte liegt.

Artykuł 12

1. Opłaty licencyjne, pochodzące z Umawiającego się Państwa wypłacane osobie mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane tylko w tym drugim państwie.

2. Użyte w tym artykule wyrażenie „opłaty licencyjne” oznacza wszelkiego rodzaju wynagrodzenia, które się płaci za użytkowanie lub prawo do użytkowania praw autorskich, patentów, znaków towarowych (trade mark lub trade name), wzorów albo modeli, planów, tajnych formuł i procesów produkcyjnych, za użytkowanie lub prawo do użytkowania wyposażenia przemysłowego, handlowego lub naukowego, albo za udostępnienie doświadczeń przemysłowych, handlowych lub naukowych, albo za użytkowanie lub prawo do użytkowania filmów kinematograficznych, taśm filmowych lub magnetofonowych dla telewizji lub radia.

3. Ustępu 1 nie stosuje się, jeżeli odbiorca opłat licencyjnych mający miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie, ma zakład w drugim Umawiającym się Państwie, z którego pochodzą opłaty licencyjne a prawo albo wartości majątkowe, za które płaci się opłaty licencyjne, rzeczywiście należą do tego zakładu. W tym przypadku należy stosować artykuł 7.

4. Jeżeli między dłużnikiem a wierzycielem albo między każdym z nich a osobą trzecią istnieją szczególne stosunki i dlatego zapłacone opłaty licencyjne przekraczają w stosunku do świadczenia podstawowego kwotę, którą dłużnik i wierzyciel umówiliby bez tych stosunków, wówczas artykuł ten stosuje się tylko do tej ostatnio wymienionej kwoty. W tym przypadku nadwyżka ponad tę kwotę może być opodatkowana według prawa każdego Umawiającego się Państwa oraz przy uwzględnieniu innych przepisów niniejszej Umowy.

Artykuł 13

1. Dochody, które osoba mająca miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie osiąga z wykonywania wolnego zawodu albo z innej samodzielnej działalności podobnego rodzaju, mogą być opodatkowane tylko w tym państwie, chyba że dla wykonywania swojej działalności w drugim Umawiającym się Państwie dysponuje ona normalnie stałą placówką. Jeżeli rozporządza ona taką stałą placówką, wówczas dochody mogą być

Staat besteuert werden, jedoch nur insoweit, als sie dieser festen Einrichtung zugerechnet werden können.

(2) Der Ausdruck „freier Beruf“ umfaßt insbesondere die selbständig ausgeübte wissenschaftliche, literarische, künstlerische, erzieherische oder unterrichtende Tätigkeit sowie die selbständige Tätigkeit der Ärzte, Rechtsanwälte, Ingenieure, Architekten und Zahnärzte.

Artikel 14

(1) Vorbehaltlich der Artikel 15, 16 Absatz 2, 17 und 18 können Gehälter, Löhne und ähnliche Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person aus unselbständiger Arbeit bezieht, nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, daß die Arbeit in dem anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Wird die Arbeit dort ausgeübt, so können die dafür bezogenen Vergütungen in diesem anderen Staat besteuert werden.

(2) Ungeachtet des Absatzes 1 können Vergütungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige natürliche Person für die in dem anderen Vertragsstaat ausgeübte unselbständige oder selbständige Tätigkeit bezieht, nur in dem erstgenannten Staat versteuert werden, wenn

- a) der Empfänger sich in dem anderen Staat insgesamt nicht länger als 183 Tage während des betreffenden Kalenderjahres aufhält und
- b) die Vergütungen von einer Person oder für eine Person gezahlt werden, die nicht in dem anderen Staat ansässig ist, und
- c) die Vergütungen nicht von einer Betriebsstätte getragen werden, welche die Person, die die Vergütungen zahlt, in dem anderen Staat hat.

(3) Ungeachtet der vorstehenden Bestimmungen dieses Artikels können Vergütungen für unselbständige Arbeit, die an Bord eines Seeschiffes oder Luftfahrzeuges im internationalen Verkehr oder an Bord eines Schiffes, das der Binnenschifffahrt dient, ausgeübt wird, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

Artikel 15

Aufsichtsrats- oder Verwaltungsratsvergütungen und ähnliche Zahlungen, die eine in einem Vertragsstaat ansässige Person in ihrer Eigenschaft als Mitglied des Aufsichts- oder Verwaltungsrates einer Gesellschaft bezieht, die in dem anderen Vertragsstaat ansässig ist, können in dem anderen Staat besteuert werden.

Artikel 16

(1) Ungeachtet der Artikel 13 und 14 können Einkünfte, die berufsmäßige Künstler, wie Bühnen-, Film-, Rundfunk- oder Fernsehkünstler und Musiker, sowie Sportler aus ihrer in dieser Eigenschaft persönlich ausgeübten Tätigkeit beziehen, in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sie diese Tätigkeit ausüben.

(2) Abweichend von Absatz 1 können Einkünfte aus Tätigkeiten der in Absatz 1 genannten Art bei Personen, die im Rahmen des vom Entsendestaat gebilligten Kultur-austausches auftreten, nur in dem Staat besteuert werden, in dem sie ansässig sind.

opodatkowane w tym drugim państwie, jednak tylko o tyle, o ile mogą być przypisane tej stałej placówce.

2. Określenie „wolny zawód” obejmuje w szczególności samodzielne wykonywanie działalności naukowej, literackiej, artystycznej, dydaktycznej, albo oświatowej, jak również samodzielną działalność adwokatów, architektów, inżynierów, lekarzy i lekarzy dentystów.

Artykuł 14

1. Z zastrzeżeniem postanowień artykułu 15, artykułu 16 ustępu 2, artykułu 17 i artykułu 18 pensje, płace i podobne wynagrodzenia, które osoba fizyczna mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie osiąga z pracy najemnej mogą być opodatkowane tylko w tym państwie, chyba że wykonuje pracę w drugim Umawiającym się Państwie. Jeżeli praca jest tam wykonywana, wówczas osiągnięte za nią wynagrodzenia mogą być opodatkowane w tym drugim państwie.

2. Bez względu na ustęp 1, wynagrodzenia jakie osoba fizyczna mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie osiąga z pracy najemnej lub samodzielnej, wykonywanej na terenie drugiego Umawiającego się Państwa, mogą być opodatkowane tylko w pierwszym powołanym państwie, jeżeli

- a) odbiorca przebywa w drugim państwie łącznie nie dłużej niż 183 dni podczas danego roku kalendarzowego i
- b) wynagrodzenia są wypłacane przez osobę lub osobie, która nie ma w tym drugim państwie miejsca zamieszkania lub siedziby i
- c) wynagrodzenia nie są ponoszone przez zakład, który posiada w drugim państwie osoba płacąca wynagrodzenia.

3. Bez względu na poprzednie postanowienia tego artykułu wynagrodzenia z pracy najemnej wykonywanej na pokładzie statku morskiego lub samolotu w ruchu międzynarodowym, albo na pokładzie statku żeglugi śródlądowej mogą być opodatkowane w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

Artykuł 15

Wynagrodzenie, które osoba mająca miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie osiąga z tytułu członkostwa w radzie nadzorczej albo radzie zarządzającej spółki, mającej siedzibę w drugim Umawiającym się Państwie, mogą być opodatkowane w tym drugim państwie.

Artykuł 16

1. Bez względu na postanowienia artykułu 13 i 14, dochody zawodowych artystów, jak np. artystów scenicznych, filmowych, radiowych oraz telewizyjnych, jak też muzyków i sportowców z osobiście wykonywanej w tym charakterze działalności, mogą podlegać opodatkowaniu w tym z Umawiających się Państw, w którym wykonują oni te czynności.

2. Odmienne od postanowień ustępu 1, dochody z rodzajów działalności określonych w ustępie 1, osiągane przez osoby, które występują w ramach wymiany kulturalnej, aprobowanej przez Państwo wysyłające, mogą być opodatkowane tylko w tym państwie, w którym mają miejsce zamieszkania.

Artikel 17

(1) Vergütungen, die von einem Vertragsstaat oder einer seiner Gebietskörperschaften unmittelbar oder aus einem von diesem Staat oder der Gebietskörperschaft errichteten Sondervermögen an eine natürliche Person für die diesem Staat oder der Gebietskörperschaft in Ausübung öffentlicher Funktionen erbrachten Dienste gewährt werden, können in diesem Staat besteuert werden.

(2) Auf Vergütungen für Dienstleistungen, die im Zusammenhang mit einer kaufmännischen oder gewerblichen Tätigkeit eines der Vertragsstaaten oder einer seiner Gebietskörperschaften erbracht werden, finden die Artikel 14 und 15 Anwendung.

Artikel 18

(1) Die Vergütungen von Hochschullehrern und anderen Lehrern, die in einem Vertragsstaat ansässig sind und während eines vorübergehenden Aufenthalts von höchstens 2 Jahren in dem anderen Vertragsstaat an einer Universität oder anderen nicht Erwerbszwecken dienenden Lehr- oder Forschungsanstalt eine Lehrtätigkeit ausführen oder wissenschaftliche Forschung betreiben, können nur in dem erstgenannten Staat besteuert werden.

(2) Zahlungen, die ein Stipendiat, Student, Praktikant oder Lehrling, der in einem Vertragsstaat ansässig ist oder vorher dort ansässig war und der sich in dem anderen Vertragsstaat ausschließlich zum Studium oder zur Ausbildung aufhält, für seinen Unterhalt, sein Studium oder seine Ausbildung erhält, werden in dem anderen Staat nicht besteuert, sofern ihm diese Zahlungen aus Quellen außerhalb des anderen Staates zufließen.

Artikel 19

Die in den vorstehenden Artikeln nicht ausdrücklich erwähnten Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 20

(1) Unbewegliches Vermögen im Sinne des Artikels 6 Absatz 2 kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem dieses Vermögen liegt.

(2) Bewegliches Vermögen, das Betriebsvermögen einer Betriebsstätte eines Unternehmens darstellt oder das zu einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, kann in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich die Betriebsstätte oder die feste Einrichtung befindet.

(3) Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Schiffe, die der Binnenschifffahrt dienen, sowie bewegliches Vermögen, das dem Betrieb dieser Schiffe und Luftfahrzeuge dient, können nur in dem Vertragsstaat besteuert werden, in dem sich der Ort der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens befindet.

(4) Alle anderen Vermögensteile einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person können nur in diesem Staat besteuert werden.

Artikel 21

(1) Bei einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

a) Von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland werden die Einkünfte

Artykuł 17

1. Wynagrodzenia, płacone przez jedno Umawiające się Państwo albo przez jego jednostkę terenową bezpośrednio, albo ze specjalnego majątku utworzonego przez to państwo lub przez jego jednostkę terenową osobie fizycznej z tytułu usług w ramach sprawowania funkcji publicznych na rzecz tego państwa lub jednostki terenowej, mogą być opodatkowane w tym państwie.

2. Do wynagrodzeń za usługi, które pozostają w związku z działalnością kupiecką lub przemysłową jednego z Państw Umawiających się lub jego jednostek terenowych mają zastosowanie artykuły 14 i 15.

Artykuł 18

1. Wynagrodzenia nauczycieli akademickich i innych nauczycieli, którzy mają miejsce zamieszkania w jednym Umawiającym się Państwie i podczas przejściowego pobytu w drugim Umawiającym się Państwie nie przekraczającego 2 lat na uniwersytecie albo w innym zakładzie naukowym lub badawczym, nie służącym celom zarobkowym, wykonują działalność dydaktyczną, albo prowadzą badania naukowe, mogą być opodatkowane tylko w pierwszym państwie.

2. Płatności, otrzymywane na utrzymanie, studia i kształcenie przez stypendystę, studenta, praktykanta lub ucznia, który ma miejsce zamieszkania w jednym Umawiającym się Państwie, albo przedtem miał tam miejsce zamieszkania i który przebywa w drugim Umawiającym się Państwie wyłącznie dla studiów lub kształcenia się nie podlegają opodatkowaniu w tym drugim państwie, jeżeli płatności te pochodzą ze źródeł spoza tego drugiego państwa.

Artykuł 19

Dochody nie wymienione wyraźnie w poprzednich artykułach osób, mających miejsce zamieszkania lub siedzibę w Państwie Umawiającym się, mogą być opodatkowane tylko w tym państwie.

Artykuł 20

1. Majątek nieruchomy w rozumieniu artykułu 6 ustęp 2 może być opodatkowany w tym Umawiającym się Państwie, na terenie którego jest położony.

2. Majątek ruchomy, który stanowi majątek obrotowy zakładu danego przedsiębiorstwa, albo który należy do stałej placówki służącej do wykonywania wolnego zawodu, może być opodatkowany w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się zakład lub stała placówka.

3. Statki morskie i samoloty w ruchu międzynarodowym i statki żeglugi śródlądowej, jak też majątek ruchomy, służący do eksploatacji tych statków i samolotów, mogą być opodatkowane tylko w tym Umawiającym się Państwie, w którym znajduje się miejsce faktycznego zarządu przedsiębiorstwa.

4. Wszelkie inne składniki majątkowe osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Umawiającym się Państwie mogą być opodatkowane tylko w tym państwie.

Artykuł 21

1. Podatek od osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Republice Federalnej Niemiec ustala się w sposób następujący:

a) jeżeli nie ma mieć zastosowania litera b), z podstawy wymiaru dla podatku w Republice Federalnej Niemiec

aus Quellen innerhalb der Volksrepublik Polen und die in der Volksrepublik Polen gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Volksrepublik Polen besteuert werden können, soweit nicht Buchstabe b) anzuwenden ist. Die Bundesrepublik Deutschland wird jedoch die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes berücksichtigen.

Auf Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden, wenn die Dividenden einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Kapitalgesellschaft von einer in der Volksrepublik Polen ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Bundesrepublik Deutschland werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorstehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

- b) Die Steuer, die nach dem Recht der Volksrepublik Polen und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die nachstehenden, aus Quellen innerhalb der Volksrepublik Polen stammenden Einkünfte gezahlt wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die von diesen Einkünften in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer angerechnet:

1. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a) fallen,
2. Einkünfte im Sinne des Artikels 15,
3. Einkünfte im Sinne des Artikels 16 Absatz 1.

(2) Bei einer in der Volksrepublik Polen ansässigen Person wird die Steuer wie folgt festgesetzt:

- a) Von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Volksrepublik Polen werden die Einkünfte aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland und die in der Bundesrepublik Deutschland gelegenen Vermögenswerte ausgenommen, die nach diesem Abkommen in der Bundesrepublik Deutschland besteuert werden können, soweit nicht Buchstabe b) anzuwenden ist. Die Volksrepublik Polen wird jedoch die so ausgenommenen Einkünfte und Vermögenswerte bei der Festsetzung des Steuersatzes berücksichtigen. Auf Dividenden ist Satz 1 nur anzuwenden, wenn die Dividenden einer in der Volksrepublik Polen ansässigen Gesellschaft von einer in der Bundesrepublik Deutschland ansässigen Gesellschaft gezahlt werden, deren stimmberechtigte Anteile zu mindestens 25 vom Hundert der erstgenannten Gesellschaft gehören. Von der Bemessungsgrundlage für die Steuer der Volksrepublik Polen werden ebenfalls Beteiligungen ausgenommen, deren Dividenden nach dem vorstehenden Satz von der Steuerbemessungsgrundlage ausgenommen sind oder bei Zahlung auszunehmen wären.

- b) Die Steuer, die nach dem Recht der Bundesrepublik Deutschland und in Übereinstimmung mit diesem Abkommen für die nachstehenden, aus Quellen innerhalb der Bundesrepublik Deutschland stammenden Einkünfte gezahlt wird, wird unter Beachtung der Vorschriften des Steuerrechts der Volksrepublik Polen über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die von diesen Einkünften in der Volksrepublik Polen erhobene Steuer angerechnet:

1. Dividenden, die nicht unter Buchstabe a) fallen,
2. Einkünfte im Sinne des Artikels 15,
3. Einkünfte im Sinne des Artikels 16 Absatz 1.

wylacza się dochody pochodzące ze źródeł w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, jak również wartości majątkowe położone na terenie Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, które na podstawie niniejszej Umowy mogą być opodatkowane w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej. Republika Federalna Niemiec uwzględni jednak tak wyłączone dochody i wartości majątkowe przy ustalaniu stawki podatkowej.

Do dywidend stosuje się zdanie 1 tylko wtedy, jeżeli dywidendy wypłacane są spółce kapitałowej mającej siedzibę w Republice Federalnej Niemiec przez spółkę mającą siedzibę w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, w której pierwsza z wymienionych spółek posiada co najmniej 25 % udziałów z prawem głosu. Z podstawy wymiaru dla podatku Republiki Federalnej Niemiec wylacza się również udziały, których dywidendy, zgodnie z poprzednim zdaniem wylacza się z podstawy wymiaru podatkowego, albo które należałoby przy płatności wylaczyć.

- b) Podatek płacony według prawa Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej i zgodnie z niniejszą Umową od następujących dochodów, pochodzących ze źródeł w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, zalicza się przy zachowaniu przepisów prawa podatkowego Republiki Federalnej Niemiec o zaliczaniu podatków zagranicznych na poczet podatków pobieranych w Republice Federalnej Niemiec od tych dochodów:

1. Dywidend, do których litera a) nie ma zastosowania
2. Dochodów w rozumieniu artykułu 15
3. Dochodów w rozumieniu artykułu 16 ust. 1.

2. Podatek od osoby mającej miejsce zamieszkania lub siedzibę w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej ustala się w sposób następujący:

- a) Jeżeli nie ma mieć zastosowania litera b) z podstawy wymiaru dla podatku w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej wylacza się dochody pochodzące ze źródeł w Republice Federalnej Niemiec, jak również wartości majątkowe położone na terenie Republiki Federalnej Niemiec, które na podstawie niniejszej Umowy mogą być opodatkowane w Republice Federalnej Niemiec. Polska Rzeczpospolita Ludowa uwzględni jednak tak wyłączone dochody i wartości majątkowe przy ustalaniu stawki podatkowej. Do dywidend stosuje się zdanie 1 tylko wtedy, jeżeli dywidendy wypłacane są spółce mającej siedzibę w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej przez spółkę kapitałową mającą siedzibę w Republice Federalnej Niemiec, w której pierwsza z wymienionych spółek posiada co najmniej 25 % udziałów z prawem głosu. Z podstawy wymiaru dla podatku Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej wylacza się również udziały, których dywidendy zgodnie z poprzednim zdaniem wylacza się z podstawy wymiaru podatkowego, albo które należałoby przy płatności wylaczyć.

- b) Podatek płacony według prawa Republiki Federalnej Niemiec i zgodnie z niniejszą Umową od następujących dochodów, pochodzących ze źródeł w Republice Federalnej Niemiec, zalicza się przy zachowaniu przepisów prawa podatkowego Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej o zaliczeniu podatków zagranicznych na poczet podatków, pobieranych w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej od tych dochodów:

1. Dywidend, do których litera a) nie ma zastosowania
2. Dochodów w rozumieniu artykułu 15
3. Dochodów w rozumieniu artykułu 16 ust. 1.

Artikel 22

(1) Ist eine in einem Vertragsstaat ansässige Person der Auffassung, daß die Maßnahmen eines Vertragsstaates oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung geführt haben oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach innerstaatlichem Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsmittel ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaates unterbreiten, in dem sie ansässig ist.

(2) Hält diese zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaates so zu regeln, daß eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, in gegenseitigem Einvernehmen zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam darüber beraten, wie eine Doppelbesteuerung in Fällen, die in dem Abkommen nicht behandelt sind, vermieden werden kann.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können für die Zwecke der Anwendung dieses Abkommens unmittelbar miteinander verkehren.

Artikel 23

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden gegenseitig die zur Durchführung dieses Abkommens erforderlichen Informationen austauschen. Alle so ausgetauschten Informationen sind geheim zu halten und dürfen nur solchen Personen oder Behörden mitgeteilt werden, die mit der Veranlagung und Erhebung der unter dieses Abkommen fallenden Steuern befaßt sind.

(2) Absatz 1 ist auf keinen Fall so auszulegen als verpflichte er einen der Vertragsstaaten:

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen oder der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaates abweichen,
- b) Angaben zu übermitteln, die nach den geltenden Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsvorgang dieses oder des anderen Vertragsstaates nicht beschaffbar sind,
- c) Informationen zu erteilen, die ein Handels-, Geschäfts- oder Berufsgeheimnis, ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung widerspräche.

Artikel 24

Entsprechend dem Vier-Mächte-Abkommen vom 3. September 1971 wird dieses Abkommen in Übereinstimmung mit den festgelegten Verfahren auf Berlin (West) ausgedehnt.

Artikel 25

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden sollen so bald wie möglich in Bonn ausgetauscht werden.

(2) Dieses Abkommen tritt einen Monat nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist anzuwenden:

Artykuł 22

1. Jeżeli osoba mająca siedzibę lub miejsce zamieszkania w Umawiającym się Państwie jest zdania, że zarządzenia państwa lub obu Umawiających się Państw wprowadziły lub wprowadzą dla niej opodatkowanie, które nie odpowiada niniejszej Umowie, wówczas może ona bez ujmy dla środków odwoławczych przewidzianych w prawie wewnętrznym tych państw, przedłożyć swoją sprawę właściwej władzy tego Umawiającego się Państwa, w którym ma miejsce zamieszkania lub siedzibę.

2. Jeżeli ta właściwa władza uzna zarzut za uzasadniony ale nie może sama spowodować zadowalającego rozwiązania, wówczas poczyni ona starania ażeby przypadek ten uregulować w drodze porozumienia z właściwą władzą drugiego Umawiającego się Państwa, tak ażeby zapobiec opodatkowaniu niezgodnemu z niniejszą Umową.

3. Właściwe władze Umawiających się Państw będą czynić starania aby we wzajemnym uzgodnieniu usuwać trudności lub wątpliwości, które mogą powstać przy interpretacji i zastosowaniu Umowy. Mogą one również wspólnie rozważać w jaki sposób można zapobiec podwójnemu opodatkowaniu w przypadkach, które nie są uregulowane Umową.

4. Właściwe władze Umawiających się Państw mogą w celu stosowania niniejszej Umowy komunikować się ze sobą bezpośrednio.

Artykuł 23

1. Właściwe władze Umawiających się Państw będą wymieniały wzajemnie informacje potrzebne do wykonania niniejszej Umowy. Wszystkie w ten sposób wymienione informacje stanowią tajemnicę i mogą być udzielane tylko takim osobom lub władzom, które zajmują się wymiarem albo poborem podatków objętych niniejszą Umową.

2. Ustęp 1 nie może być w żadnym przypadku interpretowany tak jak gdyby zobowiązywał on jedno z Umawiających się Państw do:

- a) stosowania środków administracyjnych, które nie są zgodne z ustawami lub praktyką administracyjną tego albo drugiego państwa,
- b) przekazywania danych, które według obowiązujących ustaw lub w zwykłym postępowaniu administracyjnym tego lub drugiego Umawiającego się Państwa nie są osiągalne,
- c) udzielania informacji, które by ujawniały tajemnicę handlową, przedsiębiorstwa lub zawodową lub tok działalności przedsiębiorstwa lub których udzielenie sprzeciwiałoby się porządkowi publicznemu.

Artykuł 24

Stosownie do Czterostronnego Porozumienia z dnia 3 września 1971 roku niniejsza Umowa będzie się rozciągać zgodnie z ustalonymi procedurami na Berlin (Zachodni).

Artykuł 25

1. Umowa niniejsza podlega ratyfikacji. Wymiana dokumentów ratyfikacyjnych winna nastąpić możliwie jak najprędzej w Bonn.

2. Umowa niniejsza wchodzi w życie w miesiąc po wymianie dokumentów ratyfikacyjnych i ma zastosowanie:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum 1972 und die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden oder erhoben worden sind;
- b) in der Volksrepublik Polen auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum 1972 und die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden oder erhoben worden sind;
- c) in beiden Vertragstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Erträgen, die nach dem 31. Dezember 1971 gezahlt werden.
- a) w Republice Federalnej Niemiec do podatków, które zostały lub będą pobrane za okres wymiarowy 1972 i następne okresy wymiarowe;
- b) w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej do podatków, które zostały lub będą pobrane za okres wymiarowy 1972 i następne okresy wymiarowe;
- c) w obu Umawiających się Państwach do pobieranych w drodze potrąceń podatków dochodowych, które były lub będą uiszczone po 31 grudnia 1971 roku.

Artikel 26

Dieses Abkommen bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, jedoch kann jeder der Vertragstaaten bis zum dreißigsten Juni eines jeden Kalenderjahres nach Ablauf des dritten Jahres seit dem Jahre des Inkrafttretens das Abkommen gegenüber dem anderen Vertragstaat schriftlich kündigen; in diesem Fall ist das Abkommen nicht mehr anzuwenden:

- a) in der Bundesrepublik Deutschland auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum, der auf den Veranlagungszeitraum folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird, und für die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- b) in der Volksrepublik Polen auf die Steuern, die für den Veranlagungszeitraum, der auf den Veranlagungszeitraum folgt, in dem die Kündigung ausgesprochen wird, und für die folgenden Veranlagungszeiträume erhoben werden;
- c) in beiden Vertragstaaten auf die im Abzugsweg erhobenen Steuern von Erträgen, die nach dem 31. Dezember des Kündigungsjahres gezahlt werden.

GESCHEHEN zu Warschau am 18. Dezember 1972 in zwei Urschriften, jede in deutscher und polnischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Artykuł 26

Umowa niniejsza pozostaje w mocy na czas nieokreślony, każde jednak z Państw Umawiających się może ją wypowiedzieć pisemnie drugiemu Umawiającemu się Państwu do trzydziestego czerwca każdego roku kalendarzowego, licząc po upływie trzeciego roku od roku wejścia w życie Umowy, w tym przypadku Umowa niniejsza nie będzie miała więcej zastosowania:

- a) w Republice Federalnej Niemiec do podatków, które będą pobierane za okres wymiarowy następujący po okresie wymiarowym, w którym nastąpiło wypowiedzenie i za następne okresy wymiarowe,
- b) w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej do podatków, które będą pobierane za okres wymiarowy następujący po okresie wymiarowym, w którym nastąpiło wypowiedzenie i za następne okresy wymiarowe,
- c) w obydwu Umawiających się Państwach do pobieranych w drodze potrąceń podatków dochodowych, które uiszczone będą po dniu 31 grudnia roku, w którym nastąpiło wypowiedzenie.

SPORZĄDZONO w Warszawie w dniu 18 grudnia 1972 r. w dwóch egzemplarzach, każdy w językach niemieckim i polskim, przy czym oba teksty są jednakowo autentyczne.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republik Federalnej Niemiec
Dr. Ruete

Für die Volksrepublik Polen
W imieniu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej
Krzak

Protokoll

Protokół

Die Bundesrepublik Deutschland

und

Die Volksrepublik Polen

Republika Federalna Niemiec

i

Polska Rzeczpospolita Ludowa

haben anlässlich der Unterzeichnung des Abkommens zwischen den beiden Staaten zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen am 18. Dezember 1972 in Warschau die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens bilden.

(1) Zu den Artikeln 2 und 21

Bei der Anwendung dieser Artikel in der Volksrepublik Polen gilt die Gewinnabgabe der polnischen staatlichen Unternehmen als Steuer der Volksrepublik Polen im Sinne dieser Artikel.

(2) Zu Artikel 5

Eine Bauausführung oder Montage, die in einem Vertragsstaat von einem Unternehmen des anderen Vertragsstaates unterhalten wird, gilt nicht als Betriebstätte, wenn ihre Dauer 18 Monate nicht überschreitet. Diese Regel gilt nur für den in Artikel 25 genannten Veranlagungszeitraum und die vier folgenden Veranlagungszeiträume.

Es besteht Übereinstimmung, daß Gewinne, die ein Unternehmen eines Vertragsstaates aus dem Betrieb von Schienen- und Kraftfahrzeugen im internationalen Verkehr bezieht, in dem anderen Staat nur unter den Voraussetzungen der Artikel 5 und 7 besteuert werden dürfen.

(3) Zu Artikel 14

Bei einer Person, die in einem Vertragsstaat nach Artikel 4 ansässig ist und im anderen Vertragsstaat vorübergehenden Aufenthalt im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 nimmt, um in diesem Vertragsstaat bei einer Bauausführung oder Montage, die von einem Unternehmen des erstgenannten Staates unterhalten wird, als Arbeitnehmer dieses Unternehmens tätig zu sein, tritt anstelle der in Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe a) genannten Frist die Dauer des vorübergehenden Aufenthalts, sofern dieser Aufenthalt die Frist nicht überschreitet, innerhalb deren die Bauausführung oder Montage nach dem Schlußprotokoll zu Artikel 5 keine Betriebstätte begründet. Diese Regel gilt nur für den in Artikel 25 genannten Veranlagungszeitraum und die vier folgenden Veranlagungszeiträume.

(4) Zu den Artikeln 2 bis 20

Keine der Bestimmungen dieser Artikel ist so zu verstehen, daß in einem Vertragsstaat eine Besteuerung vorgenommen wird, die dieser Staat bei Personen, die in einem dritten Staat ansässig sind, mit dem er kein solches Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung hat, nicht vornehmen würde.

(5) Zu Artikel 21

Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe a) des Abkommens gilt nur dann, wenn die Betriebstätte oder die Gesellschaft, an der die Beteiligung besteht, ihre Einnahmen ausschließlich oder fast ausschließlich aus folgenden innerhalb der Volksrepublik Polen aus-

przy okazji podpisania w dniu 18 grudnia 1972 r. w Warszawie Umowy pomiędzy obu państwami w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu w zakresie podatków od dochodu i majątku, uzgodniły następujące postanowienia stanowiące część składową Umowy.

1. Do artykułów 2 i 21

Przy stosowaniu tych artykułów w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej, wpłaty z zysku polskich przedsiębiorstw państwowych uważa się za podatek Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej w rozumieniu tego artykułu.

2. Do artykułu 5

Budowy lub montażu prowadzonych w jednym z Umawiających się Państw przez przedsiębiorstwo drugiego Umawiającego się Państwa nie uważa się za zakład, gdy okres ich trwania nie przekracza 18 miesięcy. Ta zasada ma zastosowanie tylko dla okresu wymiarowego wymienionego w artykule 25 i czterech następujących okresów wymiarowych.

Uzgadnia się, że zyski, które osiąga przedsiębiorstwo jednego Umawiającego się Państwa z eksploatacji pojazdów szynowych i mechanicznych w ruchu międzynarodowym, mogą być opodatkowane w drugim państwie tylko przy założeniach określonych w artykułach 5 i 7.

3. Do artykułu 14

U osoby, która w jednym z Umawiających się Państw, zgodnie z artykułem 4 ma miejsce zamieszkania, a w drugim Umawiającym się Państwie ma miejsce pobytu czasowego w rozumieniu artykułu 14 ust. 2 żeby w tym państwie pracować przy budowie lub montażu, prowadzonych przez przedsiębiorstwo pierwszego państwa jako pracownik tego przedsiębiorstwa, zamiast terminu określonego w artykule 14 ust. 2 litera a) bierze się w rachubę okres przejściowego pobytu, jeżeli ten pobyt nie przekracza terminu, w którym budowy lub montażu zgodnie z końcowym protokołem do artykułu 5 nie uważa się za zakład. Ta zasada ma zastosowanie tylko dla okresu wymiarowego określonego w artykule 25 i czterech następujących okresów wymiarowych.

4. Do artykułów 2 do 20

Żadne z postanowień tych artykułów nie może być tak rozumiane, by w jednym Umawiającym się Państwie podjęte zostało opodatkowanie, którego to Państwo nie zastosowałoby w stosunku do osób, które mają miejsce zamieszkania lub siedzibę w trzecim państwie, z którym wyżej wymienione Umawiające się Państwo nie zawarło takiej Umowy w sprawie zapobieżenia podwójnemu opodatkowaniu.

5. Do artykułu 21

Artykuł 21 ust. 1 litera a) Umowy ma zastosowanie tylko wtedy, gdy zakład albo spółka, w której istnieje udział, osiąga dochody wyłącznie albo prawie wyłącznie z następujących wykonywanych w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej rodzajów działalności: wytwarzanie lub

geübten Tätigkeiten bezieht: Herstellung oder Verkauf von Gütern oder Waren, technische Dienstleistung oder Bank- bzw. Versicherungsgeschäfte. Sind diese Voraussetzungen nicht erfüllt, ist Artikel 21 Absatz 1 Buchstabe b) anzuwenden, bei der Besteuerung des Vermögens ist die in Übereinstimmung mit dem Abkommen in der Volksrepublik Polen erhobene Steuer von den in der Volksrepublik Polen belegenen Vermögenswerten nach Maßgabe der Vorschriften des Steuerrechts der Bundesrepublik Deutschland über die Anrechnung ausländischer Steuern auf die in der Bundesrepublik Deutschland erhobene Steuer anzurechnen.

(6) Zu Artikel 23

Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten unterrichten sich gegenseitig über wesentliche Änderungen ihrer Steuergesetze und beraten auf Verlangen gemeinsam, ob Änderungen des Abkommens erwünscht sind.

sprzedaż dóbr i towarów, świadczenie usług technicznych albo działalność bankowa lub ubezpieczeniowa. Jeżeli te warunki nie zachodzą stosuje się art. 21 ust. 1 litera b). Przy opodatkowaniu majątku pobrany, zgodnie z Umową, polski podatek od znajdujących się w Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej wartości majątkowych podlega zaliczeniu na poczet pobieranego w Republice Federalnej Niemiec podatku według przepisów prawa podatkowego Republiki Federalnej Niemiec w sprawie zaliczania podatków zagranicznych.

6. Do artykułu 23

Właściwe władze Umawiających się Państw będą się wzajemnie informowały o istotnych zmianach ich ustaw podatkowych i na wniosek rozważą wspólnie, czy są pożądane zmiany Umowy.

Für die Bundesrepublik Deutschland
W imieniu Republik Federalnej Niemiec
Dr. Ruete

Für die Volksrepublik Polen
W imieniu Polskiej Rzeczypospolitej Ludowej
K r z a k

Denkschrift zum Abkommen

Das am 18. Dezember 1972 in Warschau unterzeichnete Abkommen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Polen ist der erste Steuervertrag, den die Bundesrepublik mit einem sozialistischen Staat abgeschlossen hat, und der erste Vertrag zwischen beiden Staaten nach Abschluß des Warschauer Vertrages. Gegen Ende des Jahres 1970 wurden die Verhandlungen mit der Volksrepublik Polen aufgenommen. Der ersten gegenseitigen Unterrichtung in Bonn schlossen sich im Januar 1972 weitere Gespräche in Warschau an; die dritte Verhandlungsrunde endete im November 1972 mit der Paraphierung des Abkommens.

Dem Abkommen kommt unter verschiedenen Aspekten eine besondere Bedeutung zu. — Der Abkommenstext lehnt sich einerseits sachlich und redaktionell weitgehend an das von der OECD empfohlene Musterabkommen (vgl. Bundesanzeiger 76/1964) an, trägt aber andererseits auch den verschiedenartig gelagerten Interessen der unterschiedlichen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Systeme Rechnung. Insoweit kann er künftig als Vorbild für den Abschluß gleichartiger Abkommen mit anderen sozialistischen Staaten gelten. Dabei umfaßt das Abkommen schon jetzt Bereiche, deren Regelungen zur Zeit noch in der Entwicklung sind, wie etwa die der joint ventures. Obwohl es in Polen noch keine ausdrücklichen Bestimmungen über diese sog. gemischten Gesellschaften gibt, geht das Abkommen davon aus, daß sich deutsche Unternehmer an polnischen Unternehmungen beteiligen können. Deshalb sollen unter Dividenden verstanden werden Einnahmen aus Aktien oder anderen Rechten — ausgenommen Forderungen — mit Gewinnbeteiligung sowie aus sonstigen Gesellschaftsanteilen stammende Einnahmen, die nach dem Steuerrecht des Staates, in dem die ausschüttende Gesellschaft ansässig ist, den Einnahmen aus Aktien gleichgestellt sind. Das Abkommen schränkt das Besteuerungsrecht Polens als Quellenstaat bei den Dividenden durch feste Begrenzungen und bei Zinsen und Lizenzgebühren durch Freistellung spürbar ein.

Eine zentrale Frage bei der Regelung der steuervertraglichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Polen war die Besteuerung von Bauausführungen und Montagen bzw. des dort beschäftigten Personals. Dabei galt es, zwischen der Tendenz der polnischen Seite, hierfür möglichst langfristige Freistellung von der deutschen Besteuerung zu erreichen, und dem deutschen Bestreben, diese Fristen unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung in abkommenspolitischer wie in wettbewerbspolitischer Hinsicht möglichst im Rahmen des Üblichen zu halten, einen für beide Seiten gangbaren Weg zu finden. Unter sorgfältiger Abwägung der beiderseitigen Interessen gelang schließlich eine Einigung in dem Sinne, daß die grundsätzliche Regelung, wonach Bauausführungen und Montagen nicht als Betriebstätten anzusehen sind, wenn ihre Dauer 12 Monate nicht überschreitet, für eine Übergangs-

zeit von 5 Jahren auf 18 Monate verlängert wird. Entsprechendes gilt für die 183-Tagefrist bei der Besteuerung des dort beschäftigten Personals.

Das Abkommen entspricht in seiner Wirkungsweise den herkömmlichen deutschen Abkommensprinzipien, d. h. die Doppelbesteuerung wird grundsätzlich durch Anwendung der Freistellungsmethode — allerdings unter Beachtung des Progressionsvorbehalts — vermieden. Nur in einigen Ausnahmefällen kommt die Anrechnungsmethode zur Anwendung.

Das Abkommen gliedert sich wie folgt auf:

Die Artikel 1 bis 5 stecken den Geltungsbereich des Vertragswerkes ab und enthalten die für die Abkommensanwendung wichtigsten Definitionen. Die Artikel 6 bis 20 legen den Rahmen fest, innerhalb dessen der Quellenstaat bzw. Belegenheitsstaat Einkünfte bzw. Vermögenswerte besteuern darf. Artikel 21 bestimmt, wie der Wohnsitzstaat bei den dem Quellenstaat (Belegenheitsstaat) zur Besteuerung überlassenen Einkünften und Vermögensteilen die Doppelbesteuerung vermeidet. Die abschließenden Artikel 22 bis 26 regeln den Diskriminierungsschutz, die zur Abkommensdurchführung notwendige Zusammenarbeit der Vertragsstaaten, das Inkrafttreten und andere Fragen. Dem Abkommen ist ein Protokoll mit einigen ergänzenden Bestimmungen beigegeben.

Zu den einzelnen Abkommensregelungen ist folgendes zu bemerken:

Zu Artikel 1

Dieser Artikel bestimmt den Personenkreis, für den das Abkommen gilt.

Zu Artikel 2

Dieser Artikel grenzt die Steuern ab, die unter das Abkommen fallen.

Zu Artikel 3

Absatz 1 definiert einige im Abkommen verwendete Begriffe. Absatz 2 enthält die übliche Auslegungsregel, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiäre Auslegungsquelle verweist.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel definiert den Begriff der in einem Vertragsstaat ansässigen Person, wonach sich der subjektive Geltungsbereich des Abkommens und die Abgrenzung der Besteuerungsrechte richten. Grundsätzlich bestimmt sich die Ansässigkeit nach den Merkmalen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten. Bei Personen, die in beiden Staaten als ansässig behandelt werden, wird nach bestimmten Kriterien nur einer der Staaten für die Abkommensanwendung als Wohnsitzstaat behandelt.

Zu Artikel 5

Dieser Artikel definiert in weitgehender Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD den

Begriff der Betriebstätte, der für die Besteuerung der gewerblichen Einkünfte maßgebend ist (vgl. Artikel 7).

Nach Abschnitt 5 des Protokolls begründet jedoch abweichend von der OECD-Empfehlung während einer Übergangszeit von 5 Jahren eine Bauausführung oder Montage erst bei einer Dauer von mehr als 18 Monaten eine Betriebstätte.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel bestimmt entsprechend dem OECD-Musterabkommen, daß Einkünfte aus unbeweglichem Vermögen in dem Staat besteuert werden können, in dem dieses Vermögen liegt.

Zu Artikel 7

Nach Absatz 1 darf ein Staat die gewerbliche Einkünfte von Unternehmen des anderen Staates, entsprechend einem international allgemein anerkannten Prinzip, nur insoweit besteuern, als der Gewinn durch eine in seinem Gebiet belegene Betriebstätte erzielt ist.

Die Absätze 2 bis 6 enthalten Bestimmungen über die Ermittlung und Zurechnung der Betriebstättengewinne. Absatz 7 regelt das Verhältnis der Betriebstättenbesteuerung zu den Abkommensbestimmungen für andere Einkünfte.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel bestimmt, wie in der deutschen Vertragspraxis üblich, daß Gewinne aus dem Betrieb von Seeschiffen oder Luftfahrzeugen im internationalen Verkehr und von Binnenschiffen, abweichend vom Betriebstättenprinzip, nur im Staat der tatsächlichen Geschäftsleitung des Unternehmens besteuert werden dürfen.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel stellt in Übereinstimmung mit dem OECD-Musterabkommen klar, daß das Abkommen der Korrektur von Gewinnverlagerungen zwischen verbundenen Personen nicht entgegensteht.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel regelt die Besteuerung der Dividenden. Die Steuer des Quellenstaates wird gemäß Absatz 2 grundsätzlich auf 15 v. H. des Bruttobetrag der Dividenden begrenzt. Der ebenfalls steuerberechtigte Wohnsitzstaat rechnet die Steuer des Quellenstaates bis zur zulässigen Höhe von 15 v. H. auf seine eigene Steuer an (vgl. Artikel 21).

Fließen die Dividenden einer wesentlich beteiligten Gesellschaft zu (Mindestbeteiligung von 25 v. H.), so ermäßigt sich die Quellensteuer auf 5 v. H. Genießt die deutsche Muttergesellschaft für diese Dividenden das Schachtelprivileg (vgl. Artikel 21), so ist für sie die Besteuerung der Dividenden mit der polnischen Quellenbesteuerung von 5 v. H. abgeschlossen.

Empfängt hingegen eine polnische Muttergesellschaft auf Grund einer wesentlichen Beteiligung Dividenden von einer deutschen Kapitalgesellschaft, so bleibt gemäß Absatz 3 die deutsche Kapitalertragsteuer zum vollen Satz von 25 v. H. zuzüglich der Ergänzungsabgabe aufrechterhalten. Damit wird, entsprechend der Entschließung des Deutschen Bundestages zum Steueränderungsgesetz 1958 (Bundestagsdrucksache 448 S. 2, 3. Wahlperiode), berücksichtigt, daß der ausgeschüttete Gewinn bei der deutschen Tochtergesellschaft nur der ermäßigten Körperschaftsteuer zum Satz von 15 v. H. unterlegen hat und die polnische Muttergesellschaft die deutsche Nachsteuer von 36 v. H. nicht zu entrichten braucht, die eine deutsche Muttergesellschaft im gleichen Falle zu tragen hätte.

Die weiteren Absätze 4 bis 6 enthalten ergänzende Bestimmungen, die dem OECD-Muster nachgebildet sind.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel weist das Besteuerungsrecht für Zinsen dem Wohnsitzstaat zu. Eine Quellensteuer wird nicht erhoben.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel weist das Besteuerungsrecht für Lizenzgebühren dem Wohnsitzstaat zu. Eine Quellensteuer wird nicht erhoben.

Zu Artikel 13

Dieser Artikel weist, der Empfehlung der OECD folgend, das Besteuerungsrecht für Einkünfte aus selbständiger Arbeit grundsätzlich dem Wohnsitzstaat zu. Der andere Staat erhält jedoch — ähnlich dem Betriebstättenprinzip bei gewerblichen Einkünften — insoweit das Besteuerungsrecht, als der Steuerpflichtige dort für seine Tätigkeit regelmäßig über eine feste Einrichtung verfügt.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel bestimmt in Übereinstimmung mit dem Musterabkommen der OECD, daß — vorbehaltlich der Artikel 15 bis 18 — Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit grundsätzlich im Staat der Arbeitsausübung besteuert werden. Dieser Grundsatz ist in Absatz 2 zugunsten nur vorübergehend im Ausland eingesetzter Arbeitnehmer (Monteure und dergleichen) eingeschränkt.

Ergänzend hierzu wird in Abschnitt 3 des Protokolls bestimmt, daß für eine Übergangszeit von 5 Jahren Baustellen- und Montagepersonal nur im Wohnsitzstaat besteuert werden kann, wenn ihr Aufenthalt die Frist nicht überschreitet, innerhalb deren die Baustelle oder Montage nach dem Protokoll zu Artikel 5 keine Betriebstätte begründet.

Zu Artikel 15

Nach diesem Artikel können Aufsichtsrats- und Verwaltungsratsvergütungen in dem Staat besteuert werden, in dem die zahlende Gesellschaft ansässig ist.

Zu Artikel 16

Nach diesem Artikel dürfen Künstler und Sportler stets in dem Staat besteuert werden, in dem sie ihre Tätigkeit ausüben. Dies gilt nach Absatz 2 nicht für Personen, die im Rahmen des staatlich gebilligten Kulturaustausches auftreten. In diesem Fall hat nur der Wohnsitzstaat das Besteuerungsrecht.

Zu Artikel 17

Nach diesem Artikel dürfen Arbeitsentgelte aus öffentlichen Kassen nur im Kassenstaat besteuert werden und zwar auch, wenn die nichtselbständige Arbeit im anderen Vertragsstaat ausgeübt wird. Für Arbeitnehmer, die im Rahmen gewerblicher Betätigung der öffentlichen Hand im anderen Vertragsstaat beschäftigt werden, gelten nach Absatz 2 die Regelungen der Artikel 14 und 15.

Zu Artikel 18

Die Bestimmungen dieses Artikels sollen den Austausch von Lehrkräften und in Aus- oder Fortbildung stehenden Personen fördern.

Zu diesem Zweck befreit Absatz 1 die Vergütungen von Gastlehrkräften im Gaststaat von der Besteuerung, sofern der Aufenthalt 2 Jahre nicht übersteigt.

Desgleichen bleiben nach Absatz 2 Stipendiaten, Studenten, Praktikanten und Lehrlinge, die sich zu Ausbildungszwecken in einem Vertragsstaat aufhalten, mit ihren Unterhalts- und Ausbildungsgeldern im Gastland steuerfrei, sofern ihnen die Zahlungen nicht aus dem Gastland zufließen.

Zu Artikel 19

Alle anderen Einkünfte, die im Abkommen nicht ausdrücklich erwähnt sind, können nach diesem Artikel nur im Wohnsitzstaat besteuert werden.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel regelt die Besteuerung des Vermögens. Grundsätzlich hat das Besteuerungsrecht hierfür nur der Wohnsitzstaat (Absatz 4). Unbewegliches Vermögen und das bewegliche Vermögen, das zu einer Betriebsstätte oder einer der Ausübung eines freien Berufes dienenden festen Einrichtung gehört, darf aber nach den Absätzen 1 und 2 — entsprechend der Regelung für die betreffenden Einkünfte — im Belegenheitsstaat besteuert werden. Seeschiffe und Luftfahrzeuge im internationalen Verkehr und Binnenschiffe sowie das ihrem Betrieb dienende bewegliche Vermögen dürfen jedoch nur im Sitzstaat des Unternehmens besteuert werden (Absatz 3).

Zu Artikel 21

Dieser Artikel regelt, wie der Wohnsitzstaat des Steuerpflichtigen die Doppelbesteuerung bei Einkünften und Vermögenswerten vermeidet, die nach dem Abkommen im Quellen- bzw. Belegenheitsstaat besteuert werden können.

Absatz 1

a) Bei in der Bundesrepublik ansässigen Personen werden die polnischen Einkünfte und Vermögenswerte entsprechend der ständigen deut-

schen Vertragspraxis grundsätzlich von der deutschen Steuer freigestellt („Freistellungsmethode“). Die freigestellten Einkünfte und Vermögensteile werden aber bei der Festsetzung des Steuersatzes für das übrige, der deutschen Besteuerung weiterhin unterworfen Einkommen und Vermögen berücksichtigt („Progressionsvorbehalt“). Die Freistellung erfaßt bei wesentlichen Beteiligungen (Mindestbeteiligung 25 v. H.) deutscher Kapitalgesellschaften an polnischen Gesellschaften die Körperschaftsteuer und Gewerbeertragsteuer von Dividenden sowie die Vermögensteuer und die Gewerkekapi talsteuer von der Beteiligung selbst. Damit wird — in Übereinstimmung mit der ständigen deutschen Abkommenspraxis — das interne deutsche Schachtelprivileg auf Beteiligungen an polnische Tochtergesellschaften ausgedehnt („internationales Schachtelprivileg“). Abschnitt 5 des Protokolls schließt durch Beschränkung der Freistellung auf produktive Geschäftstätigkeit ungerechtfertigte Steuervorteile bei internationalen Einkommens- und Vermögensverlagerungen aus. In diesen Fällen wird in der Bundesrepublik nur die tatsächlich in Polen entrichtete Steuer auf die deutsche Steuer angerechnet.

b) Bei bestimmten Einkünften wird anstelle einer Freistellung die polnische Steuer auf die Einkommen- oder Körperschaftsteuer angerechnet. Das gilt für Dividenden, die nicht unter das Schachtelprivileg fallen, für Aufsichtsratsvergütungen sowie für Einkünfte der Künstler und Sportler.

Absatz 2

Bei in Polen ansässigen Personen wird die Doppelbesteuerung entsprechend den Regelungen in Absatz 1 teils durch Freistellung von der polnischen Steuer, teils durch Anrechnung der deutschen Steuer vermieden.

Zu Artikel 22 und 23

Diese Artikel regeln die Zusammenarbeit zwischen der deutschen und der polnischen Steuerverwaltung bei der Durchführung des Abkommens. Artikel 22 sieht vor, daß sich die zuständigen Behörden über die Vermeidung der Doppelbesteuerung in Einzelfällen verständigen und Auslegungs- oder Anwendungsschwierigkeiten im gegenseitigen Einvernehmen beseitigen sollen. Artikel 23 regelt den Austausch von Informationen, die zur Durchführung des Abkommens erforderlich sind.

Zu Artikel 24

Dieser Artikel enthält die Berlin-Klausel.

Zu Artikel 25

Dieser Artikel regelt die Ratifikation und das Inkrafttreten des Abkommens. Das Abkommen soll erstmalig für das Jahr 1972 angewendet werden.

Zu Artikel 26

Dieser Artikel enthält Bestimmungen über eine eventuelle Kündigung des Abkommens.

Anlage 2

Stellungnahme des Bundesrates

Gegen das Doppelbesteuerungs-Abkommen mit der Volksrepublik Polen bestehen erhebliche Bedenken. Dieses Abkommen räumt den Bauunternehmen aus Polen weitergehende Präferenzen ein als in dem Musterabkommen der OECD vorgesehen (Protokollnotiz zu Artikel 5 des Abkommens). Für eine solche abweichende Behandlung ist kein Grund ersichtlich.

Die deutsche Bauwirtschaft steht in hartem Konkurrenzkampf und wird, wie die Vergangenheit gezeigt hat, von den osteuropäischen Bauunternehmen immer wieder unterboten. Solange dies wettbewerbsneutral geschieht, ist dagegen nichts einzuwenden. Die vorgesehene steuerliche Begünstigung

kann jedoch eine Wettbewerbsverzerrung darstellen, weil nicht auszuschließen ist, daß den polnischen Unternehmen seitens ihres Staates besondere steuerliche Erleichterungen gewährt werden.

Das Doppelbesteuerungs-Abkommen mit der Volksrepublik Polen ist das erste Abkommen dieser Art mit einem Ostblockstaat. Es ist damit zu rechnen, daß künftige Abkommen dieser Art mit Ostblockstaaten nach dem Muster dieses Abkommens abgefaßt werden. Dies ist bereits beim Steuerabkommen mit der Sozialistischen Republik Rumänien so geschehen, wogegen der Bundesrat die gleichen Bedenken erheben muß.

Anlage 3

Gegenäußerung der Bundesregierung zur Stellungnahme des Bundesrates

Das Doppelbesteuerungs-Abkommen mit Polen war der erste Steuervertrag, der mit einem Staatshandelsland abgeschlossen wurde. Es zeigt, daß es möglich ist, auch mit einem Staat völlig anderer Gesellschaftsordnung auf der Grundlage der üblichen deutschen Vertragspraxis (OECD-Musterabkommen) zu steuerlichen Vereinbarungen zu kommen.

Die Besteuerung von Bau- und Montagestellen weicht insofern von der herkömmlichen Abkommenskonzption ab, als für eine Übergangszeit von fünf Jahren der Staat, in dem sich die Bau- oder Montagestelle befindet, nicht bereits bei 12monatiger, sondern erst bei 18monatiger Dauer der Bau- oder Montagestelle ein Besteuerungsrecht hat. Die gleiche Frist gilt für das Baustellenpersonal. Diese Regelung soll die in der ersten Phase des Aufbaus und der Entwicklung der gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen im Vordergrund stehenden Bau- und Montagetätigkeiten von Steuerhemmnissen ent-

lasten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß diese Abkommensregel zweiseitig wirkt: Sie gilt auch für deutsche Unternehmen, die in Polen, z. B. auf dem Sektor des Anlagenbaus, tätig werden. Die Zielsetzung, bei den in Frage kommenden Unternehmen vor allem die Anfangsschwierigkeiten im anderen Staat zu mildern, wird dadurch unterstrichen, daß die Regelung auf fünf Jahre befristet ist. Durch die vereinbarte rückwirkende Anwendung des Abkommens ab 1972 endet die Übergangsfrist bereits 1976. Von dann ab gilt die Normallösung, wie sie sich in allen vergleichbaren Abkommen findet.

Die Übergangslösung für die Bau- und Montagestellen will einer Interessenlage gerecht werden, die nur vorübergehend besteht. Sie bedeutet keine auf Dauer zu sehende Umorientierung der deutschen Abkommenspolitik. So ist z. B. in dem paraphierten Abkommen mit Jugoslawien eine derartige Sonderregelung nicht enthalten.